

88

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Montag, 4. März 1912. Vormittags.

Der Erlaß der Straßenbahn-Direktion Die Direktion der städt. Straßenbahnen hat vor einigen Tagen folgende Verfügung erlassen: „ Es wird hiemit allen Angestellten der Gemeinde Wien - Städtische Straßenbahnen verboten, dem Reichsverein der in Gemeinde- und öffentlichen Betrieben bediensteten Arbeiter Oesterreichs (ehemals Zentralfachorganisation sämtlicher Gemeindebediensteten) als Mitglied anzugehören oder für denselben tätig zu sein. Ebenso wird das Auflegen und Lesen der Zeitschrift „ Der Weckruf “ im Dienste und in den Diensträumen der städt. Straßenbahnen ~~und~~ auch außerhalb des Dienstes verboten. Die Nichtbeachtung dieses Verbotes wird als Dienstvergehen im Sinne der Dienstvorschriften geahndet.“

Hiezu wird uns aus dem Rathause offiziell gemeldet:

Diese Verfügung der Straßenbahn - Direktion, die mit Genehmigung des Gemeinderats - Ausschusses für die städt. Straßenbahnen erlassen ist, hatte ihren Grund darin, daß der Reichsverein der in Gemeinde und öffentlichen Betrieben bediensteten Arbeiter Oesterreichs eine Agitation unter den Bediensteten entwickelte, die gänzlich unzulässige Formen annahm und geeignet war, die Disziplin völlig zu untergraben, deren ein Unternehmen von so großem Personalstande, wie ihn die städt. Straßenbahnen besitzen, unbedingt bedarf. Namentlich hat das offizielle Organ des Vereines „Der Weckruf “ schon seit längerer Zeit Unerhörtes in Verunglimpfungen der Gemeindeverwaltung, in Schmähungen und Beschimpfungen des Bürgermeisters und der sonstigen Vorgesetzten der städt. Straßenbahn - Bediensteten geleistet.

Die städtische Anskunftei für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich. Bei der städt. Anskunftei für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich, welche zu Beginn des heurigen Jahres eröffnet wurde, wurden im Februar 1345 neue Wohnungen in 136 Gemeinden angemeldet. Die Gesamtanzahl der angemeldeten Wohnungen beträgt 2764; hiervon wurden 114 Wohnungen bereits vermietet. Die Zahl der Besucher betrug im Feber 376.

Aus dem Rathause. Am kommenden ersten Donnerstag wird Egm. Dr. Neupfayer außer den bereits bekannten Auszeichnungen noch die Ehrenmedaille für 25 jährige verdienstliche Tätigkeit auf dem Gebiet des Feuerwehr- und Rettungswesens an nachstehenden Personen überreicht: dem Oberbezirksarzt Dr. Alois Plöchl, Mitglied der freiw. Feuerwehr Währing, ferner den Mitgliedern der freiw. Feuerwehr Heiligenstadt Franz Mayer, und Josef Becker und dem Mitglied der freiw. Feuerwehr Stadlau Josef Reichert.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. HoB ernannt: Im Status der Stadtbuchhaltung: Nikolaus Edler von Steinus zum Rechnungsrat, Karl Hirt zum Oberrevidenten, Adolf Krasser zum Revidenten, Alois Schluscha und Viktor Mayerhofer zu Officialen, Alois Gründler und Heinrich Hein zu Assistenten; im Status des Marktamtes Heinrich Gruber zum Marktamt - Official; im Status des Konstriptionsamtes Josef Windhör und Emanuel Rotter zu Direktionsadjunkten, Rudolf Kuschel und Ferdinand Huber zu Kommissären, Franz Kobanyi, Arthur Friedrich Rotter, Johann Dobesch, Rudolf Neuwirth und Wilhelm Kienast zu Officialen, Ferdinand Edler von Trulzi zum Akzessisten; den Architekten 4. Klasse Karl Stoik zum Architekten 3. Klasse; im Status der städt. Diener Michael Flaichner zum Ratsdiener, Karl Polacek, Josef Aichinger, Karl Schinko, Alois Patlik, Karl Baumgartner und Ferdinand Horatschek zu Amtsdienern 2. Bezugsklasse.

Strandbad Gänsehäufel. In der letzten Stadtrats Sitzung brachte Stadtrat Misch den Bericht über die Badesaison 1911 des städt. Strandbades Gänsehäufel zur Kenntnis. Das Bad wurde am 17. Mai eröffnet und am 17. September geschlossen. Es wurde an diesen 124 Badetagen von 424.979 Personen (um 189.385 mehr als im Vorjahre) besucht, u. zw. von 228.200 Männern, 86.864 Frauen und 10.789 Kindern, d. s. 325.853 zahlende Badegäste. Der Rest verteilt sich auf die Zöglinge des Knabenhorts, der Kindererholungsstätten, von Jugendspielvereinen, etc. 22.468 Personen besichtigten die Anstalt. Der stärkste Tagesbesuch weist 13.199. der schwächste 2 Besucher auf. Die Saison - Einnahmen

betragen 319.925 K (gegen 194.782 Personen im Jahre 1910.) Die städt. Föhre wurde von 231 Einspännern und 3000 Zweispännern oder Automobilen benutzt. Die Kabinen im Familienbad waren so stark besetzt, daß eine ausgiebige Vermehrung derselben für das heurige Jahr wird vorgenommen werden müssen. Das im Berichtjahre neu eröffnete Knabenbad hatte eine Frequenz von 76.558 Kindern. Das neue errichtete Schwimmunterrichtsfloß bewährte sich für den Massenschwimmunterricht der Schulkinder sehr gut. Eine große Erleichterung und Förderung des Schwimmunterrichtes wurde durch die Anwendung der 20 Trockenschwimm-Apparate erreicht. Die obligate Anwendung dieser Geräte hätte insofern einen großen Vorteil, als die Schulkinder nach einer gewissen Vorbereitung resp. Vorübung viel leichter und rascher mit der Schwimmkunst vertraut gemacht werden könnten. Außerdem würde der Privatschwimmunterricht bei vielen Kindern billiger zu stehen kommen, und sich viel rascher erzielen lassen. Diese allgemein obligate Vorübung in den Schulen würde jedenfalls bei den meisten Schulkindern unwillkürlich einen großen Ansporn für die praktische Schulung in der Schwimmkunst verursachen. Der Bericht, welcher zur Kenntnis genommen wurde gedenkt zum Schluss mit Anerkennung der Tätigkeit der mit den Agenden dieses Bades betrauten städtischen Beamten, des ganzen Badespersonales und der sonstigen Angestellten. Den Betriebseinnahmen stehen Betriebsausgaben $\frac{1}{2}$ in der Höhe von ca. 196.500 K gegenüber, sodaß sich ein Betriebsüberschuß von 133.111 K ergibt.

Ein Abschied vom Amte. Donnerstag, den 29. Februar l. J. fand die Abschiedsfeier statt, welche die Steueramts-Abteilung für den 2. Bezirk zu Ehren ihres langjährigen Vorstandes, des Herrn Oberkontrollor Franz Tiefenbacher anlässlich seines Uebertrittes in den bleibenden Ruhestand veranstaltete. Der vom Herrn Bezirksvorsteher in liebenswürdigster Weise zur Verfügung gestellte große Sitzungssaal war von der Stadtgartendirektion in bekannt vornehmer Weise auf das reichlichste ausgeschmückt. Der Stellvertreter des scheidenden Abteilungsleiters Herr Kontrollor Lorenz hielt eine herzliche Ansprache, in welcher die Verdienste des Gefeierten die entsprechende Würdigung fanden, und der Dank der Beamtenschaft dem stets gütigen Chef zum Ausdruck gebracht wurde. Zur Feier waren erschienen: Bezirksvorsteher Jägersberger mit dem Kanzleileiter Dr. Landskron, der Obmann des Armenrates Junghofer, Bezirksamtsleiter Mag.-Rat Dr. Jaklitsch und Steueramtsdirektor Dworzak, welche sich in Worten der Anerkennung verabschiedeten. Oberkontrollor Tiefenbacher, der mit Familie sich eingefunden hatte, dankte in bewegten Worten womit die in jeder Beziehung würdige Veranstaltung beendet war. Die zahlreiche Beteiligung der Beamtenschaft - die

Beamten der Steueramts-Abteilung waren vollzählig erschienen legte Zeugnis ab von der allgemeinen Hochschätzung und Beliebtheit, welcher sich der scheidende Beamte erfreute.

Der Schluß im Gemeinderats Sitzungssaal. Zu dem vielbesprochenen Vorfalle in der Gemeinderats Sitzung vom 27. Februar wird uns mitgeteilt: Die Änderungen an der Dienstordnung und den Pensionsansätzen bei den städt. Straßenbahnen, mit welchen sich Bauer und 27 andere Bedienstete nicht einverstanden erklärt haben, lauteten mit einer scheinbaren Ausnahme ~~zu~~ durchaus zu Gunsten der Angestellten. Eine der wichtigsten Verbesserungen von hervorragender sozialer Bedeutung bestand darin, daß die Pension, die früher nur im Falle der Invalidität gewährt wurde, jetzt auch jenen Bediensteten und Arbeitern zukommt, welchen nach zehnjähriger Dienstzeit der Dienst ohne ihr Verschulden vom Unternehmen gekündigt wird, d. i. also praktisch genommen die definitive Anstellung nach 10 Jahren. Da bei einem Unternehmen mit rund 10.000 Angestellten nicht für einige wenige eigensinnige Personen ein besonderer Dienstvertrag bestehen kann, hatte die Gemeindevertretung angeordnet, daß den Angestellten, welche unter den geänderten Vertragsbestimmungen nicht weiter dienen wollen, der Dienst zu kündigen sei. Demzufolge wurden den 28 Bediensteten der Dienst gekündigt, nachdem sie trotz eingehender Aufklärung und wiederholtem Warnen seitens der Direktion die neuen Dienst- und Pensionsbestimmungen anzuerkennen sich geweigert hatten. Insbesondere waren sie aufmerksam gemacht worden, daß die in diesem Kündigungs-falle keine Pension ansprechen können, weil ihnen diese nur auf Grund eben jener Bestimmungen gebühren würde, deren Annahme sie verweigerten. Der Prozeß, den sie dann trotzdem gegen das Unternehmen auf Gewährung der Pension führten, mußte natürlich für alle, die nicht hinterher Dienstunfähigkeit zur Zeit ihrer Kündigung dem Gerichte glaubhaft machen konnten, ungünstig ausfallen. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die einzige von den 28 Angestellten abgelehnte Vertragsbestimmung, welche nicht zu Gunsten der Angestellten lautete, den sogenannten Streikparagrafen betraf. Hier wurde nämlich die rechtliche Position des Unternehmens zu seinen Angestellten im Falle eines Streiks klarer und für das Unternehmen günstiger geregelt als bisher, was mit Rücksicht auf das gewährte Definitivum notwendig war. Beweist nun die anstandslose Annahme dieser Änderung durch mehr als 9000 Angestellte, daß sie kein wahres Interesse der Arbeitnehmer verletzte, wo wird jeder Einsichtige ebenbegreiflich finden, daß das Unternehmen einen Angestellten, der nur wegen dieser Vertragsänderung die Auflösung eines in so vielen und wichtigen Belangen verbesserten Dienstverhältnisses

risikiert, nicht wieder anstellt.

89